

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 13.10.2026)

Titel: **Schutz statt Ausbau – Die Oder als
europäisches Naturerbe bewahren**

Antragstext

Der Kreisverband Oder-Spree möge folgenden Antrag zur Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einreichen:

1. Klares Nein zum Ausbau

Wir lehnen aus ökologischen und ökonomischen Gründen jede Form des wasserbaulichen Ausbaus der Oder für die Güterschifffahrt ab. Wir fordern, dass die ökologischen Funktionen (u. a. Wasserrückhalt, Kohlenstoffspeicherung, Biodiversität) konsequent über rein verkehrliche Interessen gestellt werden.

2. Aktualisierung des Wasserstraßenabkommens

Wir fordern die Bundesregierung auf, das deutsch-polnische Wasserstraßenabkommen von 2015 gemeinsam mit Polen umgehend zu überarbeiten, um die Auswirkungen des Klimawandels und die Notwendigkeit naturnaher Hochwasserschutzmaßnahmen rechtlich zu verankern.

3. Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße

Wir lehnen den Ausbau der Oder zur Güterschifffahrt ab und setzen stattdessen auf die Ertüchtigung der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße. Diese ist als Teil der Oder-Havel-Wasserstraße ohnehin bereits im Bundesverkehrswegeplan mit vordringlichem Bedarf gelistet.

4. Priorisierung von ganzjährigem Hochwasserschutz und Ökologie bei der Stromregelung

Wir fordern die Landesregierung auf, die Strategische Umweltprüfung (SUP) zur Stromregelungskonzeption zu nutzen, um die Bundesregierung auf die Unvereinbarkeit mit der EU-Wasserrahmenrichtlinie, der EU-Wiederherstellungsverordnung, der FFH-Richtlinie und dem Nationalparkgesetz Unteres Odertal hinzuweisen. Die Stromregelungskonzeption darf angesichts der Klimaerhitzung nicht nur Eishochwasser in den Blick nehmen, sondern muss zwingend auch Hochwasser im restlichen Jahresverlauf durchgängig berücksichtigen, denn durch den Ausbau würde der Wasserstand steigen. Stattdessen müssen die völlig unrealistischen Tiefenziele des Aufbaus aufgehoben werden.

5. Verankerung als Naturerbe

Wir fordern die Landesregierung auf, gemeinsam mit den polnischen Wojewodschaften Lubuskie (Lebus) und Zachodniopomorskie (Westpommern) den Natur- und Lebensraum von der Oder über das Stettiner Haff bis zur Ostseeküste als gemeinsames deutsch-polnisches Naturerbe zu etablieren, um nachhaltigen Naturtourismus zu fördern.

6. Senkung der Schadstoffbelastung

Wir fordern die Bundes- und Landesregierung auf, sich gemeinsam mit ihren polnischen Amtskolleg*innen für eine deutliche Senkung der Grenzwerte für Salz- und Nährstoffeinträge einzusetzen und die Kühlwassernutzung einzuschränken, um zukünftige Algenblüten zu verhindern.

7. Umsetzung der Handlungsempfehlungen des „Anlassbezogenen Sonderuntersuchungsprogramms zur Umweltkatastrophe in der Oder vom August 2022“

Wir fordern die zuständigen Landes- und Bundesbehörden auf, die wissenschaftlichen Empfehlungen des „Anlassbezogenen Sonderuntersuchungsprogramms zur Umweltkatastrophe in der Oder vom August 2022“ umgehend umzusetzen:

1. Rückbau von Uferbefestigungen und Wiederanschluss von Nebengewässern,
2. Ökologische Umgestaltung bestehender Buhnen (z. B. durch Kerbungen) zur Schaffung ufernaher Habitats,
3. ganzjährige Öffnung von Poldern im Nationalpark Unteres Odertal,
4. Rückverlegung von Deichen und Schaffung von überströmten Kiesbänken als Laichplätze für Flussfischarten.

Begründung

Nach einem erneuten Hitzesommer gilt es ehrlich Bilanz zu ziehen: Die Oder leidet unter extremem Niedrigwasser mit neuen Tiefstwerten, Güterschiffe sitzen über Monate hinweg auf Sandbänken fest. Die Goldalge ist weiterhin in der gesamten Oder präsent, Salzeinleitungen bleiben hoch und die Gefahr eines erneuten Fischsterbens ist nicht gebannt. Dies bestätigen lokale Fischsterben auf polnischer Seite in diesem Sommer. Zudem beobachten wir, wie selbst massiv wirtschaftlich genutzte Flüsse mit eigentlich viel größeren Kapazitäten für Güterschifffahrt monatelang als Transportweg faktisch ausfallen. Die Oder kann niemals ein zweiter Rhein werden – und selbst der liegt inzwischen trocken! Gleichzeitig ist die Oder einer der letzten großen, naturnahen Flüsse Mitteleuropas und ein unverzichtbarer Pfeiler für Biodiversität, Wasserrückhalt und Klimaschutz in Brandenburg. Der einzige Flussauennationalpark Deutschlands erstreckt sich hier von Hohensaaten bis Staffelde. Die Umweltkatastrophe von 2022 hat unmissverständlich gezeigt, wie fragil dieses Ökosystem ist und wie gefährlich weitere Eingriffe in die Flussdynamik sind. Stattdessen fordert der Bundesverkehrsminister sogar noch einen verstärkten Ausbau der Flüsse in Deutschland.

Aktuell steht die Oder unter doppeltem Druck: Während in Polen trotz rechtlicher Bedenken bereits Ausbaumaßnahmen erfolgt sind und ein weiterer Ausbau nicht vom Tisch ist, plant die deutsche Bundesregierung im Rahmen der Umsetzung der „Stromregelungskonzeption“ unter dem Deckmantel des Hochwasserschutzes (Eisbrechereinsatz) Maßnahmen, die primär der Schifffahrt dienen und ökologische Belange unterordnen. Ein wasserbaulicher Ausbau zur Güterschifffahrt ist im Kontext der Klimakrise und der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) nicht mehr vertretbar. Die ökologischen Funktionen – insbesondere der Wasserrückhalt zur Vermeidung von Dürren und Hochwassern sowie die Kohlenstoffspeicherung in den Auen – müssen Vorrang vor veralteten Verkehrskonzepten haben.

Um die Oder als resilienten Lebensraum und natürlichen Wasserspeicher zu erhalten, müssen wir die Logistik auf die Schiene verlagern, das überholte deutsch-polnische Wasserstraßenabkommen von 2015 aktualisieren und die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB)^[1] konsequent umsetzen. Ziel muss es sein, die Oder nicht als Wasserautobahn, sondern als grenzüberschreitendes Naturerbe zu begreifen.

^[1] Wolter, C., S. Jähnig und M. Pusch (Hrsg.) (2026): Anlassbezogenes Sonderuntersuchungsprogramm zur Umweltkatastrophe in der Oder vom August 2022. BfN-Schriften 777, Bundesamt für Naturschutz, Bonn. <https://www.bfn.de/publikationen/bfn-schriften/bfn-schriften-777-anlassbezogenes-sonderuntersuchungsprogramm-zur>

Antrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 13.10.2026)

Titel: **Brandenburg darf nicht zur CO₂- Müllhalde Deutschlands werden – CCS strikt auf unvermeidbare Restemissionen begrenzen und fossile Sackgassen stoppen**

Antragstext

Der Kreisverband Oder-Spree möge folgenden Antrag zur Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einreichen:

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

1. Wir lehnen den Antrag der SPD- und CDU-Fraktion im Brandenburger Landtag (Drucksache 8/3493) zur Ermöglichung der CO₂-Speicherung in Brandenburg entschieden ab und verurteilen den Wortbruch der Landesregierung.
2. Wir fordern die Landesregierung auf, das Gesetzesvorhaben zur Schaffung von CO₂-Endlagern in Brandenburg umgehend zurückzuziehen und stattdessen eine Industriestrategie vorzulegen, die konsequent auf erneuerbare Energien, grünen Wasserstoff und echte Kreislaufwirtschaft setzt.
3. CCS darf ausschließlich für technisch unvermeidbare Restemissionen (z. B. Zementindustrie) zugelassen werden und sollte nur offshore erfolgen. Die Nutzung für Kohle- und Gaskraftwerke muss ausgeschlossen werden, um fossile Geschäftsmodelle nicht künstlich zu verlängern.
4. Der Schutz von Grundwasser und Trinkwasserreservoirien hat oberste Priorität. CCS-Anlagen und -Transporte in Naturschutzgebieten müssen konsequent ausgeschlossen werden.

-
- 18 5. Wir fordern ein echtes Beteiligungsverfahren, das den Menschen vor Ort ein
19 verbindliches Mitbestimmungsrecht einräumt – inklusive der Option,
20 geplante Vorhaben abzulehnen.

Begründung

Die Regierungskoalition aus SPD und CDU will mit einem Landesgesetz bis zum zweiten Quartal 2027 die Voraussetzungen für CO₂-Endlager unter Brandenburg schaffen. Noch im Juni 2025 erklärte der damalige Wirtschaftsminister Daniel Keller (SPD): „Eine CO₂-Speicherung in Brandenburg strebt die Landesregierung nicht an“. Der jetzt vorliegende Antrag der Koalitionsfraktionen öffnet die Tür für die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid und macht Brandenburg potenziell zum Auffangbecken für Emissionen aus ganz Deutschland.

CCS (Carbon Capture and Storage) kann dort eine Rolle spielen, wo Emissionen technisch unvermeidbar sind – etwa in der Zementindustrie. Doch der Antrag von SPD und CDU begrenzt die Anwendung kaum und erfasst ausdrücklich auch die Kohleindustrie sowie Gaskraftwerke. Das ist klimapolitisch und wirtschaftlich der falsche Weg: Statt fossile Strukturen zu überwinden, werden sie durch staatlich finanzierte CO₂-Infrastruktur künstlich am Leben gehalten. Speicherkapazitäten, die für tatsächlich unvermeidbare Restemissionen benötigt werden, stehen dann nicht mehr zur Verfügung.

Besonders alarmierend sind die Risiken für die Menschen vor Ort: Die Verpressung von CO₂ bedrohen Grundwasser und Trinkwasserreservoir. Zudem sieht das Bundesrecht einen diskriminierungsfreien Zugang zu CO₂-Speichern vor – Unternehmen aus anderen Bundesländern könnten ihre Emissionen nach Brandenburg bringen, während die Risiken, die dauerhafte Überwachung und die Kosten vor Ort verbleiben.

Die angekündigten „Dialogformate“ sind unglaubwürdig, solange die politische Richtung bereits feststeht. Echte Beteiligung muss die Möglichkeit einschließen, das Vorhaben abzulehnen.

A6

Antrag

Initiator*innen: Claudia Laue

Titel: **Anträge Michael Kellner zum Ende der TO
einstellen**

Antragstext

¹ Hiermit beantrage ich das Verschieben von Top 6 (? , jedenfalls die Anträge CCS
² und Oderausbau) auf das Ende der TO, da ich mich erst später dazuschalten kann
³ und hier eine Diskussion möglihc und nötig ist.

Begründung

S.O.